

Deutsch-Französische Brigade – Auflösung des 110. Infanterie-Regiments

Bürgermeister Kaiser: Aufgrund der aktuellen Ereignisse in Bezug auf die Auflösung des 110. Infanterie-Regiments sei mit den Fraktionssprechern vereinbart worden, dass der TOP 7 „Haushalt 2014 – Beratung des Vermögenshaushalts und der mittelfristigen Finanzplanung 2013 – 2017“ nichtöffentlich beraten werden solle.

Am vergangenen Donnerstag, 31. Oktober 2013, um 14.00 Uhr habe die Verwaltung von der Auflösung des 110. Infanterie-Regiments erfahren. Drei Generäle hätten diese Hiobsbotschaft der Verwaltung überbracht. Ein paar Stunden zuvor seien die Soldaten über die Auflösung informiert worden. Das französische Regiment werde zum 30.06.2014 aufgelöst. Die französischen Teile der Deutsch-Französischen Brigade in Donaueschingen würden bis 2015 aus Donaueschingen abgezogen.

Wichtig sei für Donaueschingen, dass das Jägerbataillon 292 in Donaueschingen stationiert bleibe. Verteidigungsminister Thomas de Maizière habe Donaueschingen zugesichert, dass der Standort erhalten bleibe. Zudem könnte das Kontingent noch aufwachsen. Dies bedeute, dass Soldaten, die derzeit noch in Stetten am kalten Markt und in Villingen-Schwenningen stationiert seien, nach Donaueschingen verlegt werden sollen.

Bisher wisse noch niemand, was mit der 15 Hektar großen, bislang ausschließlich von den Franzosen genutzten Fläche, geschehen werde. Wichtig sei aber, dass die Stadt das Heft in der Hand behalte und die Stadt die Planungshoheit über das Areal erhalte.

Es habe insgesamt eine unglaubliche Resonanz nach Bekanntwerden der Auflösung des 110. Infanterie-Regiments gegeben. Die Partnerstadt Saverne habe durch Bürgermeister Stefan Leyenberger und den Abgeordneten der Nationalversammlung Patrick Hetzel einen Brief an den französischen Verteidigungsminister verfasst, in dem sie das Vorgehen der eigenen Regierung beklagen würden. Ihrer Meinung nach hätte eine solche schwerwiegende Entscheidung im Parlament gefällt werden müssen.

Stadtrat Karrer: Er danke der Verwaltung für die Informationen, die der Gemeinderat unmittelbar nach Bekanntwerden der Nachricht erhalten habe. Die Auflösung des 110. Infanterie-Regiments sei kulturell und auch menschlich sehr schade. Wichtig sei jetzt, dass die Verwaltung so schnell wie möglich mit dem Bund spreche und sich ein konkretes Bild über die frei werdenden Flächen und Gebäude verschaffe und dann die Planungshoheit bekomme.

Es sei auch völlig richtig, dass der Vermögenshaushalt heute erst einmal in nichtöffentlicher Sitzung beraten werden solle. Er möchte jedoch dazu appellieren, nicht in den Bereichen Kinder und Jugend sowie Bildung Dinge einzusparen.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Diese sicherlich nicht erfreuliche Situation müsse jetzt angepackt werden. Sie biete auch eine Chance, in diesem Quartier Zukunft zu gestalten. Sie freue sich schon heute auf die Herausforderungen und die folgenden interessanten und spannenden Sitzungen im Gemeinderat.

2) TOP BM-007/13 Asylbewerber - Unterbringungs- und Betreuungskonzept

Bürgermeister Kaiser führt anhand der Sitzungsvorlage kurz in den Tagesordnungspunkt ein.

Herr Stach: (Sozialdezernent Landratsamt) Die Zahl der Asylbewerber in Deutschland steige momentan enorm an. Im vergangenen Jahr seien es insgesamt 77.651 Flüchtlinge gewesen. 2013 würden es voraussichtlich 110.000 Flüchtlinge sein. Davon müsste das Land Baden-Württemberg 14.000 Flüchtlinge aufnehmen. Die Flüchtlinge würden in Karlsruhe bei der Landeserstaufnahme registriert und gesundheitlich überprüft und dann auf die einzelnen Landkreise verteilt. Gemäß dem Flüchtlingsaufnahmegesetz müssten die Flüchtlinge für die Dauer des Asylverfahrens, das 17 bis 20 Monate dauern würde, in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden. Für weitere zwölf Monate könnten die Flüchtlinge dann immer noch in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden. Danach seien die Kommunen für die Anschlussunterbringung zuständig.

Aktuell gebe es im Schwarzwald-Baar-Kreis drei Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber. Diese seien in Villingen, St. Georgen und in Unterkirnach und würden für 325 Flüchtlinge Platz bieten. Davon seien bereits 320 Plätze belegt. Aus diesem Grund suche der Landkreis intensiv nach weiteren Kapazitäten in den Kommunen des Landkreises. Sollte die Zahl der Flüchtlinge weiterhin so hoch bleiben (35 bis 40 Flüchtlinge pro Monat), würden im Kreis 300 bis 350 Plätze fehlen. Sollte die angestrebte Gesetzesänderung in Kraft treten und sich die vorgeschriebene Quadratmeterzahl pro Asylbewerber von 4,5 m² auf 7 m² erhöhen, würden sogar 600 bis 700 Plätze fehlen.

Auch finanziell würde die Gesetzesänderung den Landkreis stark beanspruchen. Momentan würde der Landkreis für jeden Asylbewerber einen Pauschalbetrag in Höhe von 12.270 € erhalten. Diese Kostenpauschale sei momentan schon nicht kostendeckend. Nach der Einführung des neuen Gesetzes würde die Pauschale zwar um 1.400 € erhöht, aber sicherlich nicht die gesamten Mehrkosten decken.

Der Landkreis habe in den letzten drei bis vier Monaten rund 40 Objekte besichtigt und dahingehend geprüft, ob sie für eine Gemeinschaftsunterkunft geeignet seien. In Villingen und auch in Schwenningen würde es Objekte geben, die verwertbar seien. Sollten in Donaueschingen die beiden Gebäude Elisabethenhaus und Sternensaal durch einen Investor erworben werden können, würde es dem Landkreis etwas Zeit verschaffen. Sollte dies nicht gelingen würden Notunterbringungen nötig. Dies wären dann Turnhallen und Container. Für eine Containerlösung müsste noch ein geeigneter Platz gefunden werden. Außerdem sei diese Lösung die teuerste.

Die in Frage kommenden Immobilien würden durch einen Investor aus Bad Waldsee erworben, nach Vorstellungen und Wünschen des Landratsamtes umgebaut und dann zu akzeptablen Preisen an das Landratsamt vermietet. Der Bauantrag für den Sternensaal sei bereits bei der Stadtverwaltung eingegangen und der Kaufvertrag werde vorbereitet. Beim Landratsamt sei man guter Dinge, dass eine Vollbelegung des Sternensaals bereits bis Ende 2013 erfolgen könne. Es werde eine Heimleitung vor Ort sein und ein Hausmeister. Die Sozialbetreuung erfolge durch das Deutsche Rote Kreuz.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Ihrer Ansicht nach müsste das Landratsamt eine Gesamtkonzeption entwickeln, in der auch geregelt werde, welche Kommune wie viele Asylbewerber aufnehmen müsse. Eine gerechte Verteilung sei notwendig. Interessant zu wissen wäre auch, welche Angebote für die Flüchtlinge geschaffen würden, insbesondere aber welche Maßnahmen für die Integration getroffen werden würden.

Bürgermeister Kaiser: (Auf Anmerkung von Stadträtin Dr. Jarsumbek) Die Zusammenarbeit zwischen der Stadt und dem Landkreis sei sehr gut. Der Gemeinderat sei in nicht öffentlicher Sitzung bereits über die Kaufabsicht des Sternensaals durch einen Investor und über die mögliche künftige Nutzung informiert worden, nachdem die Stadt davon erfahren habe. Herr Stach habe die Stadt unverzüglich nach der Besichtigung des Sternensaals informiert.

Herr Stach: Der Landkreis suche bereits seit mehreren Monaten intensiv nach Gebäuden. Herr Landrat Hinterseh habe diesbezüglich alle Bürgermeister und Oberbürgermeister aus dem Kreis angeschrieben. Es mache jedoch erst dann Sinn den Dialog mit der Gemeinde oder der Stadt zu suchen, wenn ein konkretes Gebäude gefunden worden sei. Schneller und umfassender hätte das Landratsamt nicht über die Kaufabsicht des Sternensaals informieren können.

Die Erstellung eines Gesamtkonzeptes sei sicherlich wünschenswert, jedoch nicht machbar. Es sei Aufgabe des Landkreises, Asylbewerber unterzubringen und die Zeit, hierfür ein Konzept zu entwickeln, würde aufgrund der hohen Flüchtlingszahlen nicht ausreichen. Wichtig sei, dass Notunterkünfte vermieden werden sollen. Des Weiteren sei die Sozialbetreuung und die Alltagsbetreuung Aufgabe des Landkreises, aber nicht die Integration von Asylbewerbern.

In St. Georgen gebe es für die Asylbewerber ein Tagesangebot. Sie könnten gemeinnützige Arbeiten verrichten und würden pro Stunde 1,05 € dazu verdienen. Den in St. Georgen ehrenamtlich Engagierten sei es gelungen, den Asylbewerbern 4.000 Arbeitsstunden zu ermöglichen.

Stadtrat Karrer: In St. Georgen seien 90 Flüchtlinge untergebracht und daher sei es in Ordnung, wenn in Donaueschingen 100 Flüchtlinge untergebracht werden sollen. Es solle bei der Unterbringung darauf geachtet werden, dass sich die unterschiedlichen Landsleute, die in Donaueschingen untergebracht werden, verstehen.

Herr Stach: (Auf Frage von Stadtrat Karrer) Ein Investor sei für den Landkreis eine gute Lösung. Dank diesem müsse das Landratsamt nicht große Mengen Geld in die Hand nehmen und könne sich nach einer gewissen Zeit von den Gebäuden wieder lösen, ohne Verpflichtungen zu haben. Des Weiteren müssten, wenn das Landratsamt ein Gebäude erwerben würde, Ausschreibungen für die Umbaumaßnahmen gemacht werden, die jede Menge Zeit kosten würden, die das Landratsamt momentan nicht habe. Bisher seien immer ortsansässige Handwerker für die Umbaumaßnahmen vom Investor berücksichtigt worden.

Der Investor und auch das Landratsamt hätten auch Interesse am Elisabethenhaus. Hier würde die räumliche Möglichkeit geboten, Familien und Alleinerziehende unterzubringen. Aktuell könne der Kreis diese Flüchtlinge nicht aufnehmen.

(Auf Frage von Stadträtin Weishaar) An den durch die Auflösung des 110. Infanterieregiments freiwerdenden Wohnungen habe der Kreis kein Interesse. Es würden umgehend Unterkünfte für Asylbewerber benötigt. Zudem wolle der Kreis keine überdimensional großen Unterkünfte erschließen. Je größer die Unterkünfte seien, desto schwieriger sei die Sozialsituation.

Stadtrat Hall: Der Landkreis solle unterstützt werden und in Donaueschingen wolle man ihn auch unterstützen und Asylbewerber aufnehmen. Aufgabe für Donaueschingen werde sein, die Anschlussunterbringung zu gewährleisten. Hierfür habe man nun genügend Zeit, um dies zu bewerkstelligen.

Herr Stach: (Auf Frage von Stadtrat Roland Erndle) Die Mietpreisbindung zwischen dem Landratsamt und dem Investor würde in der Regel fünf bis sechs Jahre bestehen.

Stadtrat Blaurock: Es solle Kontakt mit St. Georgen aufgenommen werden, um ähnlich wie dort auch in Donaueschingen ein ehrenamtliches Engagement auf die Füße zu stellen und den Asylbewerbern ein Tagesangebot zu ermöglichen.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen von Herrn Stach zur Kenntnis.
2. Das Konzept St. Georgen wird von der Verwaltung erkundet und auf seine Umsetzung hin überprüft.

(einstimmig)

3) TOP 1-097/13 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung am 15. Oktober 2013 und 22. Oktober 2013 gefassten Beschlüsse

Die in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung am 15. Oktober 2013 und 22. Oktober 2013 gefassten Beschlüsse werden bekannt gegeben.

4) TOP 1-100/13 Druckoutput-Konzeption Stadtverwaltung – Vertragsverlängerung

Herr Butsch führt anhand der Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein.

(Auf Frage von Stadtrat Blaurock) Mit einer Vertragsverlängerung würden sich wirtschaftliche Vorteile ergeben. Des Weiteren könnten Kosten für eine neue Ausschreibung gespart werden.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(28 Ja, 3 Nein, 1 Enthaltung)

5) TOP 4-136/13 Max-Rieple-Platz / Entwässerung - außerplanmäßige Ausgabe

Beschluss:

Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

6) TOP 4-138/13 Mariensteg, Brücke über die Brigach / Donaueschingen - Information

Bürgermeister Kaiser führt anhand der Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Herr Bunse: (Auf Frage von Stadtrat Marcus Greiner) Die Pläne, die aufgrund des Ringzuges entstanden seien, am Siedlersteg eine „Wendelschnecke“ zu bauen, seien nicht schön und auch viel zu teuer. Die Kosten für diese architektonisch nicht wirklich gelungene Konstruktion hätten damals 500.000 € betragen. Da dieser Weg auch sehr steil gewesen wäre, würden diese Planungen keine Rolle mehr spielen.

Bürgermeister Kaiser: (Auf Anmerkung von Stadtrat Wild) Die Verwaltung werde den Radfahrern nicht zumuten wollen, über den Siedlersteg zu gehen.

Stadtrat Karrer: Der Siedlersteg sei nicht barrierefrei und auch mit Kinderwägen sei der Siedlersteg schwer zu überwinden.

Stadtrat Fischer: Er befürworte den Neubau einer Fußgänger- und Radwegbrücke. Die Verwaltung solle jedoch auch die Holzvariante ausschreiben.

Herr Hall: Auch er möchte sich gegen eine Aluminium und für eine Holzkonstruktion aussprechen.

Bürgermeister Kaiser: Die Verwaltung werde beide Varianten ausschreibe, sollte sich der Gemeinderat für den Neubau der Brücke entscheiden. Eine Holzkonstruktion würde rund 20.000 € mehr kosten.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(28 Ja, 2 Nein, 2 Enthaltungen)

8) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

Keine.